



Evangelische Verantwortung

Juli 1986

Wie politisch soll die Kirche sein?

Albrecht Martin

Anfang Juni fand in Kassel der erste Landeskirchentag der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck statt. Mehr als 8.000 Teilnehmer nahmen an Gottesdiensten, Bibelarbeiten, Diskussionsforen und Arbeitsgruppen teil. Der EAK war nicht nur mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Unter der Überschrift „Wie politisch soll die Kirche sein?“ diskutierte auch der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, u. a. mit dem früheren Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Professor Dr. Wolfgang Huber. Wir geben hier die zentralen Gedanken seines einleitenden Kurzreferates wieder, dem er eine Klärung des Begriffs des Politischen aus biblischem Kontext voranstellte:

Eines Tages war ein gewisser Onesimos zum Apostel Paulus gekommen und Christ geworden.



Staatsminister Albrecht Martin, EAK-Bundesvorsitzender

Dieser Onesimos war Sklave eines gewissen Philemon gewesen und diesem entlaufen. Dieser Philemon seinerseits war durch die Predigt des Paulus bekehrt worden, und nun schickt Paulus den Onesimos zu seinem früheren Herrn Philemon zurück, nicht etwa mit der Forderung, den Onesimos freizulassen, sondern damit dieser dort wieder Sklave sei. Rechtlich soll sich, wie Paulus ausdrücklich vermerkt, nichts ändern. Aber in Wirklichkeit, nämlich im Verhältnis der beiden zueinander, soll alles anders geworden sein, denn durch den Glauben sind beide Brüder geworden. Ein politischer Brief? Ganz gewiß ein Brief mit politischen Wirkungen. Einmal insofern, als die Rechtsinstitution nicht angetastet wird. Politisch aber auch insofern, als die Grundlage der Sklaverei radikal zerstört wird. Dort, wo das Evangelium gehört wird und im Menschen das Kind Gottes und der Bruder gesehen wird, kann und darf es auf Dauer keine Rechtsordnungen geben, die die Würde des Menschen als eines Gotteskindes mißachten.

Nun wird man einwenden müssen, daß dem Apostel Paulus schon aus praktischen Gründen kaum etwas anderes übrigblieb als das, was er im Brief an Philemon fordert. Die verschwindend geringe Zahl der Christen und die Stabilität der Rechtsverhältnisse im Römischen Reich machten jede äußere Agitation oder gar revolutionäre Bewegung völlig unmöglich. Und wie Paulus über die Möglichkeit dachte, die vom Evangelium her verheißene radikale Veränderung aller Verhältnisse politisch umzumünzen, kann man im 13. Kapitel seines Römerbriefes nachlesen. Karl Barth hat das schon 1920 in einer bis heute gültigen Weise kommentiert. Darum meine ich, daß über die Zeitbedingtheit der Aussagen des Apostels Paulus hinaus er uns eine Mahnung auch für heute gibt: Vorsicht mit allen Rezepten radikaler Veränderung der Verhältnisse.

Die Botschaft des Evangeliums wirkt politisch

Kirche ist zunächst einmal in eminenter Weise politisch, wenn sie die Botschaft des Evangeliums weiter-sagt und wenn Menschen von dieser Botschaft ergrif-fen und zu neuen Menschen werden. Es ist unter Um-ständen von großer politischer Wirksamkeit, wenn Menschen, die Angst haben und verzweifelt sind, ge-tröstet werden, wenn Menschen, die in scheinbar aussichtsloser Lage sind, erfahren, daß Gott der Herr ist und sie nicht verläßt, auch wenn alles dagegenzu-sprechen scheint. Das gilt übrigens nicht nur in Fällen des persönlichen Leids, das dem einzelnen wider-fährt, es gilt auch für das Erleben schrecklicher Katastrophen, in die Völker hineingeraten können.

Kirche wirkt politisch, wo sie tröstet, wo sie durch ihre Predigt Menschen Zuversicht statt Angst vermit-telt. Man kann das – und ich weiß, daß ich mich jetzt auf Glatteis begeben – auch so bezeichnen: Kirche wirkt politisch, indem sie die Leidensfähigkeit von Menschen erhöht. Mindestens die Älteren unter uns werden eingestehen, daß sie schwere Zeiten dadurch durchstehen konnten, daß sie fähig waren, viel Leid zu ertragen. Ich meine damit weder die Haltung des Trotzes noch die der Gleichgültigkeit dem Leid ge-genüber. Beides hält nicht lange vor, wie ich als Sieb-zehnjähriger im Kriegsgefangenenlager sehr wohl er-lebt habe. Ich meine auch nicht das Hinnehmen von Leid, sondern das Annehmen, und damit ist der Unterschied zwischen Gleichgültigkeit und bewuß-tem Erleben umschrieben.

Auf Glatteis habe ich mich begeben, weil man nun mir entgegenhalten wird, daß durch die Predigt die Leidensfähigkeit der Menschen erhöht wird und sie sich dann gegen die Vergewaltigung durch die Mäch-tigen nicht mehr zur Wehr setzen, daß das Evange-lium eine Art Opium für das Volk wird. Dem kann ich folgendes entgegnen:

1. Kirche richtet sich mit ihrer Verkündigung grund-sätzlich an alle. Sie ruft den Mächtigen wie den Schwachen in die Verantwortung. Wo sie das nicht tut, wird sie in der Tat ihrem Auftrag untreu.
2. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es nicht darum geht, Leid hinzunehmen, sondern anzu-nehmen; das aber bedeutet immer den Ruf in die Aktivität. Solche von der Annahme des Leides ausgehende Aktivität verändert auch die Verhält-nisse, oft vielleicht langsam, immer aber äußerst nachdrücklich.
3. Der Ruf, das Evangelium ernstzunehmen, muß unter den Bedingungen unserer demokratischen Ordnung betrachtet werden.

Die wechselseitige Verantwortung von Kirche und Staat

In der Denkschrift der EKD „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundge-setzes als Angebot und Aufgabe“ wird der besondere

Albrecht Martin wurde Ehrenritter des Johanniterordens

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, wurde am 14. Juni 1986, im Rahmen eines Festgottesdienstes in der Johannikirche in Grünhaus bei Trier zum Ehrenritter des Johanniterordens ernannt.

Diese seltene Auszeichnung wurde dem EAK-Bundesvorsitzenden in Anerkennung seiner besonderen Verdienste verliehen, die er sich in seiner politischen Tätigkeit wie auch als lang-jähriges Synodenmitglied um die evangelische Kirche erworben hat.

Wert der demokratischen Ordnung nicht zuletzt darin gesehen daß „Grundelemente des freiheit-lichen demokratischen Staates Achtung der Würde des Menschen, Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit“ sind. Und die Denkschrift fährt fort: „Der Gedanke der Menschenwürde ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottes-ebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Got-tes“. Wenn also unser Grundgesetz in Artikel 1 aus-drücklich feststellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Ver-pflichtung aller staatlichen Gewalt“, so ist damit auch auf der einen Seite die politische Verantwor-tung der Kirche begründet und auf der anderen Seite der Staat gehalten, diese politische Verant-wortung der Kirche zu respektieren. Die Verantwor-tung der Kirche ergibt sich daraus, daß sie, sofern sie die Botschaft und ihren Auftrag ernst nehmen

Aus dem Inhalt

Wie politisch soll die Kirche sein?	1
Eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	3
Ein bewußter Christ in der Politik	5
Interview	
Opfer von Gewaltverbrechen: Schuldlos im Abseits	8
Fragen und Antworten nach Tschernobyl	9
Namen und Nachrichten	11
Politische Bildung in Schloß Eichholz	12
Religionsunterricht so nötig wie eh und je	12
Leserbrief	13
Aus unserer Arbeit	14
Buchbesprechungen	16

will, darüber zu wachen hat, daß die Würde des Menschen tatsächlich respektiert wird. Es geht bei allem politischen Handeln um den Menschen, für den Staat des Grundgesetzes um die Würde des Menschen. Also hat, könnte man meinen, Kirche auf allen Feldern der Politik mitzureden: Aber stimmt das? Ich antworte darauf: Ja und nein! Ja, insofern Kirche tatsächlich bei allen einigermaßen wichtigen politischen Entscheidungen die Frage zu stellen hat, ob das Gebot, die Würde des Menschen zu achten, ernstgenommen wird, und zwar in dem Sinne, daß diese Würde des Menschen ihre inhaltliche Bestimmung erfährt vom biblischen Menschenbild. Dazu gehört, daß sie nach den langfristigen Folgen politischer Entscheidungen für die Menschen fragt, nach den Auswirkungen unseres Handelns für ferne Völker und Länder auch nach den Folgen heute zu treffender Entscheidungen für die Erhaltung der Erde als Teil der Schöpfung, die unserer Mitverantwortung anvertraut ist. Zu all dieser politischen Verantwortung der Kirche sage ich also ja. Nein sage ich ebenso deutlich, wenn unter der Förderung der politischen Verantwortung von Kirche man meinen sollte, daß Kirche selbst bestimmte Lösungsvorschläge angesichts politischer Probleme vorlegt. Diese Einschränkungen mache ich nicht, weil ich der Kirche in jedem Falle jede Sachkompetenz bestreiten wollte. Für uns evangelische Christen ist Kirche die Gemeinde der Gläubigen, und warum sollte es unter ihnen nicht auch Leute mit Sachkompetenz geben. Mein eigentlicher Grund, die oben genannte Grenze politischer Verantwortungswahrnehmung durch Kirche aufzuzeigen, ist vielmehr folgender:

Wenn ich vor der Aufgabe stehe, den Frieden zu wahren und Freiheit zu sichern, oder wenn ich vor der Aufgabe stehe, den Energiebedarf der Menschen in unserem Land zu decken, dann werde ich eine Fülle von Gesichtspunkten zu prüfen haben. Bei der Analyse der vorgegebenen Lage können Christen zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Sie

können natürlich sowohl bei der Analyse wie auch bei den vorgeschlagenen Wegen zur Lösung eines Problems irren. Weil das so ist, kann Kirche allenfalls von kompetenten Gliedern unterbreitete Lösungsvorschläge für politische Fragen zu erwägen geben. Sie kann sich selbst nicht mit einem Lösungsvorschlag identifizieren.

Der Auftrag, Frieden zu schaffen, zu wahren und zu sichern, folgt aus der Botschaft des Evangeliums. Der Weg, diesem Auftrag gerecht zu werden, ist unserem verantwortlichen Entscheiden und Handeln anvertraut. Die verschiedenen durchaus denkbaren politischen Konzeptionen, das Ziel zu erreichen, ergeben sich nicht zwingend aus dem Evangelium. Ähnliches gilt für die anderen großen Probleme, vor denen wir heute weltweit stehen.

Bleiben wir unter dem Evangelium zusammen?

Die Antwort auf die Frage, wie politisch soll die Kirche sein, heißt also meiner Auffassung nach: daß Kirche die politische Dimension der Predigt erkennt und wahrnimmt, daß jeder Christ begreift, daß der Glaube an den Auferstandenen in die politische Verantwortung ruft. Daß aber gerade darum Kirche sich hüten muß, einzelne Möglichkeiten zur Lösung der politischen Probleme als allein mit dem Glauben zu vereinbaren zu bezeichnen. Kirche kann deshalb ein Nein ohne jedes Ja sprechen gegenüber einer Politik, die den Krieg als Mittel zur Erreichung politischer Ziele einsetzt. Sie kann es nicht sagen gegenüber bestimmten Konzeptionen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit. An der Antwort auf die in dieser Feststellung liegende Frage wird es nicht zuletzt liegen, ob wir auch künftig in unserer Evangelischen Kirche in Deutschland und in jeder einzelnen Gliedkirche werden sagen können: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen“.

Eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Zur ethischen Begründung der Sozialen Marktwirtschaft

Helmut Kohl

Die Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Attraktivität nicht zuerst aus theoretischen Konzepten und Debatten, sondern aus ihrer Wirkungskraft im Alltag. Es könnte niemandem entgehen, daß die wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen der 70er Jahre zunehmend

auch ganz allgemein der Sozialen Marktwirtschaft angelastet wurden. Was in Wirklichkeit auf Bedienungsfehler zurückzuführen war, wurde von manchem der Wirtschaftsordnung selbst zur Last gelegt. Solchen Mißverständnissen gilt es entgegenzutreten.

In der Sozialen Marktwirtschaft können die Bürger **Freiheit und soziale Gerechtigkeit** ganz unmittelbar erfahren. Diese Grundwerte bestimmen in ihr das Wirtschaftsleben. Deswegen unterscheidet sich die Soziale Marktwirtschaft grundlegend von wertneutralem

Kapitalismus wie bevormundender sozialistischer Planwirtschaft.

Darauf haben die Väter der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder hingewiesen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“. Mitten im 2. Weltkrieg hatten dort Männer der „Bekennenden Kirche“ ihre Vorstellungen über eine Nachkriegsordnung formuliert.

Sie wollten auch Konsequenzen ziehen aus den bitteren Erfahrungen mit der Befehlsverwaltungs-wirtschaft des Nationalsozialismus. Deshalb stellten sie im Kapitel Wirtschaftspolitik klar: „Die Menschen



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

sind nicht um der Wirtschaft und auch nicht um der staatlichen Wirtschaftsmacht willen da, sondern die Wirtschaft ist um der Menschen willen da. Denn was hätte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“

In der Denkschrift war noch nicht die Rede von „Sozialer Marktwirtschaft“, aber genau das war es, was sie meinte. Es ist kein Zufall, daß einer der Verfasser Franz Böhm war; er gehörte nach Kriegsende zur Gründergeneration der Union, war fast drei Jahrzehnte lang Weggefährte und Mitstreiter Ludwig Erhards.

Gerade Ludwig Erhard selbst, der die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, ist immer wieder leidenschaftlich dem Mißverständnis entgegengetreten, die Wirtschaft sei sich selbst genug.

Der große Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft war und ist ja, die Wirtschaft so zu ordnen, daß **Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl** gelebt werden können.

Es ist eine wichtige und ganz und gar unbestreitbare Tatsache, daß die Soziale Marktwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Effizienz die besten Ergebnisse bringt. Aber daraus bezieht sie nur einen Teil ihrer Legitimation. Der wichtigere Teil kommt aus der moralischen Qualität ihrer Grundprinzipien, die im Bereich – wie Wilhelm Röpke es schon fast klassisch formulierte – „jenseits von Angebot und Nachfrage“ verankert sind.

Es waren in erster Linie evangelische Christen, die diese Wirtschaftsordnung bei uns entworfen und geschaffen haben: neben Ludwig Erhard vor allem Alfred Müller-Armack, der Religionssoziologe und Nationalökonom, von dem der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ stammt. Dennoch erleben wir, daß heute Strömungen in der evangelischen Kirche Zulauf haben, die der Sozialen Marktwirtschaft skeptisch, ja mißtrauisch gegenüberstehen.

Unsere Wirtschaftsordnung wird von manchen als abstoßendes Modell einer „Ellbogengesellschaft“ verunglimpft. Davon ausgehend wird dann oft Sozialneid aktiviert. Dabei spielt unter anderem ein schwerwiegendes Mißverständnis eine Rolle: Leistungsbereitschaft und Leistungswille – Grundpfeiler nicht nur der Wirtschaftsordnung, sondern auch kultureller Entwicklung im weitesten Sinne – werden zu oft einzig und allein unter dem Gesichtspunkt des Eigennutzes gesehen.

Die Vordenker unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von Walter Eucken bis Ludwig Erhard wußten sehr wohl, daß menschliches Eigeninteresse zwei Seiten hat: Es geht um die Mehrung des eigenen Wohlstandes, aber es geht gleichzeitig um **die Integration in die Gemeinschaft** der Mitbürger.

Man darf dabei nicht übersehen, daß es durchaus legitim ist, die Früchte eigener Arbeit ernten zu wollen, nach materieller Sicherheit und gerechter Anerkennung für die eigene Leistung zu streben. Aber darin liegt auch eine ausgeprägt soziale Komponente: Der Bürger, dessen Leistung sich lohnt und der damit zugleich einen Beitrag zum Gemeinwesen schafft, der also Mitverantwortung übernimmt und Solidarität übt, ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Ihm die Freiheit seines Handelns offenzuhalten, ihn gegen Übergriffe und Mißbrauch zu schützen, macht die Aufgabe des Staates und der Politik aus.

Oder wie es Alfred Müller-Armack einmal sagte: „Wettbewerb und sozialer Ausgleich sind die beiden Seiten einer Medaille, und es hat keinen Zweck, wenn einmal die ökonomische Seite, und einmal die soziale Seite in den Vordergrund gestellt wird. Beide sind Teile einer Einheit, die wir als Einheit auch begreifen müssen.“

Die Bundesregierung bekennt sich dazu. Wir sind deshalb ange-treten, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern. Dies ist ein Auftrag, den wir aus christlicher Verantwortung und aus politischer Überzeugung erfüllen wollen.

Freiheit und Wettbewerb

Die Soziale Marktwirtschaft ist zwar nicht „die“ christliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – so etwas gibt es auch nicht –, aber sie ist doch ein entscheidender Beitrag zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Sie ist kein Glaubensgegenstand, auch keine vollkommene Ordnung, aber stets fähig zur Innovation und Verbesserung zum allgemeinen Wohl.

Freiheit und Wettbewerb sind ihre bewegenden Prinzipien. Aber **Freiheit und Wettbewerb bleiben eingebunden in eine Ordnung**, die Willkür ausschließt und den Schwächeren Schutz gewährt. So setzen wir zum Beispiel im eigenen Land benachteiligte Gruppen wie Behinderte nicht einfach dem freien

Spiel der Kräfte aus, sondern verbessern von Staats wegen ihre Chancen. Und im internationalen Bereich gilt bei allem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf unsere besondere Solidarität den Entwicklungsländern.

Die von mir geführte Bundesregierung mißt deshalb der Entwicklungspolitik ganz wesentliche Bedeutung zu. Wir haben nicht ohne Grund die Entwicklungshilfe bei den notwendigen Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ausgenommen. Die Hilfeleistungen der Bundesrepublik Deutschland für Länder der Dritten Welt sind seit langem höher als die des gesamten Warschauer Paktes.

Gerade der Gedanke des Wettbewerbs hat die evangelische Sozial- und Wirtschaftsethik immer wieder beschäftigt. Zerstört der Wettbewerb nicht Mitmenschlichkeit und Solidarität, wenn er, wie es in einer EKD-Denkschrift aus dem Jahr 1978 heißt, „eine Tendenz zur Ausschaltung Leistungsschwächer“

hat? In dieser Denkschrift ist aber auch zu lesen, unter welchen Bedingungen das Wettbewerbsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft aus ethischen Erwägungen zu bejahen ist. Es soll „den Leistungswillen des einzelnen in den Dienst der Gemeinschaft stellen“ und kann „einen bedeutsamen Freiheitsraum sichern“, wenn seine selbstzerstörerischen Kräfte gebändigt werden.

Für Christen geht es in erster Linie darum, auf welche Weise im Wettbewerbsalltag sicherlich vorhandener Eigennutz ethisch domestiziert und ausgeglichen werden kann. Hier setzt das Gesamtkonzept der Sozialen Marktwirtschaft mit seinem Ordnungsgedanken an: **Wirtschaft darf sich nicht absolut setzen.** Es gilt die Maxime: Als Antriebskraft der Wirtschaft vermehrt der Wettbewerb den Wohlstand und damit die Möglichkeit, den Schwachen zu helfen.

Es geht dabei nicht um rein technische Fragen, sondern um wert-

orientierte Entscheidungen. Wirtschaft darf sich nicht in einem „moralischen Vakuum“ abspielen, wie Wilhelm Röpke es formuliert hat: Sie schöpft „aus sittlichen Reserven . . .“, mit denen sie steht und fällt und die wichtiger sind als alle wirtschaftlichen Gesetze und national-ökonomischen Prinzipien. Die außerökonomische, geistig-moralische und gesellschaftliche Integration ist immer die Voraussetzung der wirtschaftlichen . . . Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen jene sittlichen Reserven nicht. Sie setzen sie voraus.“

Wir müssen uns diese ethische Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft immer neu vergegenwärtigen, damit die täglichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen stets eingeordnet bleiben in ein Koordinatensystem von Grundwerten.

Quelle: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 4. 5. 1986.

Ein bewußter Christ in der Politik

Sonntagsblatt-Gespräch mit Bundesverkehrsminister Dr. Werner Dollinger

Mit einem Besuch von Bundesminister Dr. Werner Dollinger, in der Redaktion des Sonntagsblattes, der Evangelischen Wochenzeitung für Bayern, wurde die Reihe der „Forumgespräche“ wieder aufgenommen, in denen evangelische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Wort kommen.

Dr. Dollinger ist nicht nur stellvertretender EAK-Bundsvorsitzender sondern auch Vorsitzender des EAK der CSU in Bayern. Er gehört der Landes-synode sowie der Synode der EKD an.

Sonntagsbl.: In der Öffentlichkeit gibt es eine bestimmte Zuordnung der Kirchen in Beziehung zu den politischen Parteien, und dies wird zum Teil auch durch Wähleranalysen gestützt: die Protestanten tendieren eher zur SPD, die Katholiken eher zu CDU/CSU. Dazu kommen dann noch die Diskus-

sionen in der jüngsten Vergangenheit, die Kritik konservativer Politiker an evangelischen Pfarrern. Wie ergeht es Ihnen dabei, fühlen Sie sich in Ihrer evangelischen Kirche noch beheimatet?

Dollinger: Ich komme aus einem betont christlichen Elternhaus. In meiner Heimatstadt Neustadt/Aisch waren die Nationalsozialisten schon vor 1933 sehr stark. Der politische Neuanfang 1945 war nicht einfach. Ich hatte das Glück, bei keiner national-sozialistischen Organisation gewesen zu sein. Ich hatte in der Nachkriegszeit von der damaligen liberalen Partei Angebote, politisch mitzuarbeiten. Ich war aber der Überzeugung, bedingt durch die Ereignisse nach 1933, daß wir eine Partei brauchten, die

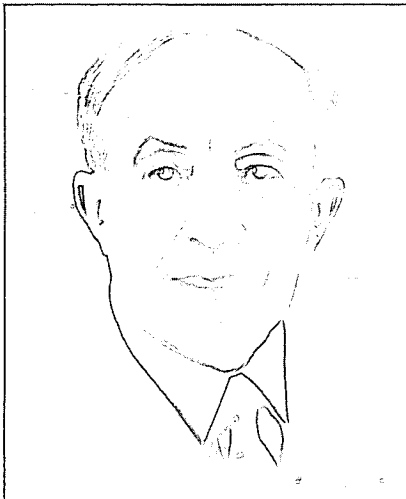
einen geistig-geistlichen Hintergrund hat. Deshalb habe ich mich, als ich angesprochen wurde, für die CSU entschieden.

Sorge um Nachwuchs

In meiner Kirche habe ich mich immer wohlfühlt. Freilich habe ich auch bezüglich unserer Kirche manche Sorgen. Aber als Christen wissen wir, daß die Kirche nicht vollkommen sein kann.

Der Versuch damals zu sagen, wir machen eine Partei, in der bewußte Christen beider Konfessionen arbeiten – wie auch in anderen Parteien, das habe ich immer betont – war etwas Neues. Bald hat es da aber auch Probleme gegeben

bezüglich des Verhältnisses Evangelisch-Katholisch. Man soll dies sehr nüchtern sehen. Was hinter Ihrer Frage steckt, ist doch: Welche Rolle spielen die Evangelischen in der CSU und der CDU? Ich muß sagen, daß ich da nicht immer zufrieden bin. Das war am Anfang besser als jetzt. Ich habe heute Sorge um den evangelischen Politikernachwuchs, da kommt nur wenig nach. Die Union wird stark sein, wenn sie



Dr. Werner Dollinger, Bundesverkehrsminister

eine Partei ist mit bewußten Christen beider Konfessionen. Das hat nichts mit Prozentsätzen zu tun, aber es muß auch nach außen sichtbar sein.

Ähnliche Klagen gab es immer wieder innerhalb der Landeskirche, daß nämlich die evangelische Seite in der bayerischen Staatsregierung unterrepräsentiert sei. Solche Forderungen schienen immer ohne Reaktion zu bleiben. Sie sind ja auch Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Union in Bayern. Dem müßte doch an einer angemessenen evangelischen Repräsentanz in der Regierung gelegen sein.

Man darf den Evangelischen Arbeitskreis nicht als Pressure-Gruppe betrachten. Er hat immer die Aufgabe gehabt, die bewußt evangelischen Vorstellungen für den politischen Bereich in die Parteiarbeit und in die Öffentlichkeit hineinzutragen. Wir tun uns da oft sehr schwer: Die katholische Kirche

hat ihre Soziallehre, an der man sich orientieren kann. Unsere evangelische Sozialethik ist damit nicht vergleichbar. Natürlich kümmern wir uns auch um die erwähnten Fragen der Repräsentanz. Aber da gibt es leider oft die Schwierigkeit, daß personelle Vorschläge, daß geeignete Persönlichkeiten fehlen.

Sie sprachen vom geistig-geistlichen Hintergrund in Ihrer Partei. Ist er denn noch spürbar vorhanden? Das „C“ im Parteinamen ist ja seit langem umstritten.

Eine berechtigte Frage. Es gibt im Deutschen Bundestag die Morgenandachten an den Sitzungstagen. Solange ich nicht Minister war, gehörte ich zu den regelmäßigen Besuchern, jetzt ist es zeitlich oft schwierig. Diese Andachten sind eine deprimierende Sache: Anfang der fünfziger Jahre waren da noch dreißig, vierzig Mitglieder des Bundestags da, aus allen Parteien, vor allem aus der Union. Jetzt sitzen da manchmal drei, vier Leute, obwohl die Andacht vor der Plenarsitzung liegt. Dies stimmt mich sehr traurig. Mit der Entfernung von der Katastrophe von 45 ist auch im politischen Bereich der Abstand von den Kirchen größer geworden. Die Zahl der engagierten Christen, die in der Politik tätig sind, ist zurückgegangen. Den Politikern der nachkommenden Generationen fehlt oft der kirchliche Hintergrund.

Ich halte es für sehr wichtig, daß sich mehr bewußte Christen politisch betätigen—ich meine das über die CSU hinaus. Es werden eben in der Politik viele wichtige Entscheidungen getroffen, die uns alle betreffen. Wenn dabei bewußte Christen nicht mehr mitwirken und wenn es nur noch um vordergründige Zweckmäßigkeiten geht, dann werden wir das alle eines Tages büßen.

Gibt es denn unter Christen in den Fraktionen des Bundestags einen gewissen Grundkonsens über Parteigrenzen hinaus, wie geht man miteinander um?

Grundsätzlich muß ich sagen, manches wäre früher unvorstellbar gewesen. Wir haben heute im Parlament manchmal einen völlig unmöglichen Umgangston. Es gibt

seit einiger Zeit einen Versuch mit einem Gebetsfrühstück, übernommen aus den USA. Da sind Christen aus allen Fraktionen beteiligt. Da wird auch vernünftig miteinander geredet. Die Frage ist nur, wie weit das in die Fraktionen hineinwirkt.

Sie sind gewähltes Mitglied der Landessynode. Wie kommen Sie dort mit Ihrer Doppelrolle als Politiker und Synodaler zurecht?

Ich habe mich immer bemüht, in der Synode nicht als Politiker aufzutreten und nichts Parteipolitisches hineinzubringen, ohne meine politische Einstellung zu verleugnen. Die Synode, die Kirche würde so etwas nicht vertragen und entwertet werden.

Vor einiger Zeit hat es Aufsehen erregt, daß Innenminister Hillermeier seine Teilnahme an einem Nürnberger Kommentargottesdienst über Wackersdorf, zu dem auch der Schwandorfer Landrat eingeladen war, abgesagt hat. Was halten Sie von der Kirche als einem Forum, einem Raum, in dem gegensätzliche Positionen versöhnlicher, sachlicher ausgetragen werden können als auf der rein politischen Ebene?

Ich begrüße solche Foren wie die Evangelische Akademie Tutzing. Ich bin grundsätzlich gegen Veranstaltungen wie die Kommentargottesdienste in Nürnberg, weil ich solche rein politischen Diskussionen nicht in einem Gotteshaus haben möchte. Ich sage nicht, daß die Kirche nicht solche Themen behandeln sollte. Aber da sollte man übergehen in den Vortragssaal von Heilig Geist. Das ist vielleicht eine sehr persönliche Einstellung. Ich fühle mich auch nicht in der Lage, nach einem Kirchenkonzert Beifall zu klatschen. Das geht gegen meine Vorstellung von der Würde und dem Verhalten in einem Gotteshaus.

Christen, christliche Gruppen und Gremien mischen sich zunehmend in Sachdiskussionen ein, wo sie etwa die Schöpfung für bedroht halten, auch Ihr Ressort betreffend, beispielsweise in der Frage des Tempolimits.

Gründlich informieren

Worauf es mir ankommt, wenn in solchen Bereichen diskutiert wird: daß man die Fakten vorurteilsfrei zur Kenntnis nimmt und damit eine objektive Gesprächsgrundlage hat. Leider sind die Kenntnisse oft sehr gering. Wir müssen davon wegkommen, daß solche Sachentscheidungen wie die Frage des Tempolimits vom Gefühl bestimmt werden. Das halte ich für sehr gefährlich. Das Problem dabei ist doch, daß ein erwachsener Mensch, der aufgrund unzureichender Information sich einmal festgelegt hat, sich schwer tut, von seinem Standpunkt wieder runterzukommen. Das geht uns ja allen so.

Gerade in der Diskussion um das Tempolimit sind wesentliche Fakten zum Teil überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden. Für viele war die Verhängung eines drastischen Fahrverbots eine geradezu selbstverständliche Notwendigkeit, so daß sie nicht einmal bereit waren, nüchterne Zahlen und Fakten zu akzeptieren. Hier zeigte sich, daß gegen Emotionen mit rationalen Argumenten nur schwer anzukommen ist.

Es besteht gar kein Zweifel, daß die Einführung des Katalysators zusammen mit dem steigenden Absatz des bleifreien Benzins infolge der Herabsetzung des Steueranteils viel mehr bringt bezüglich der Abgase als irgendeine Geschwindigkeitsbegrenzung. Was übrigens die Frage der Verkehrssicherheit betrifft, sollte man einmal folgende Zahlen zur Kenntnis nehmen: 1936 gab es im Deutschen Reich 8.400 Verkehrstote. Das ist fast genau die gleiche Zahl, die wir im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik hatten. Und das bei nur noch der Hälfte der Fläche und statt 2,5 Millionen Fahrzeugen im Jahr 1936 jetzt 30 Millionen.

Hier sieht man, daß der Kampf gegen den Verkehrstod etwas bewegt hat. 1970 haben wir noch fast 19.000 Verkehrstote gehabt. 1984 waren es 10.200, davon 708 auf den Autobahnen.

Herr Bundesminister, Sie sind auch zuständig für die Deutsche Bundesbahn. Was läßt sich machen, daß die Bahn kundenfreundlicher wird in bestimmten Problembereichen, etwa auf dem Land oder besonders gegenüber den älteren Mitmenschen, die ja vor allem auf die Bahn angewiesen sind. Da gibt es Ärger wegen unbesetzter Schalter, unübersichtlicher Tarife, Mängeln bei der Gepäckbeförderung, zu niedriger Bahnsteige.

Ich nehme Sie das nächste Mal in den Bahnvorstand mit, denn Sie tragen diese Klagen vor, die ich, seit ich Verkehrsminister bin, auch vortrage. Hier muß noch viel geschehen, bis dahin, daß wieder, was schon beginnt, Dienstmänner beschäftigt werden zur Gepäckbeförderung. Bei der Bahn hat lange Zeit so etwas wie hoheitliches Verwaltungsdenken geherrscht statt des Wettbewerbsdenkens mit der Werbung um den Kunden im Personen- wie im Güterverkehr. Da gilt es, mit ständigem Nachdruck eine gewisse Schwerfälligkeit zu überwinden. Fortschritte sind erzielt worden, und mir liegt daran, eine kundenfreundliche Entwicklung zügig voranzutreiben.

Herr Minister, bei Ihren Entscheidungen berühren sich Sachfragen häufig mit ethischen Grundsatzfragen. Zum Beispiel beim Straßenbau, wenn sich ökologische und verkehrstechnische Probleme gegenüberstehen.

Prinzipiell meine ich, daß unser derzeitiges geplantes Straßennetz den Bedürfnissen, wie wir sie heute erkennen können, genügt. Aber der von Ihnen angesprochene Interessengegensatz trifft zu. Sollen wir den Durchgangsverkehr durch eine Stadt, ein Dorf belassen, um die Natur zu schonen, oder sollen wir in die Natur eingreifen, um die Bewohner eines solchen Ortes zu entlasten? Wichtig scheint mir, daß Technik, wenn wir sie entsprechend einsetzen, Schäden, die sie bringt, auch beheben kann.

Für strikten Schutz des Sonntags

Technikfeindlichkeit hilft nicht. Es kommt auf den Menschen an, wie er die technischen Möglichkeiten nützt. Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, daß Technik nicht zum Fluch, sondern zum Segen des Menschen wird. Dazu brauchen wir auch die Verantwortung des einzelnen Bürgers. Das ist eine wichtige Aufgabe besonders der Kirchen, den Menschen ihre Verantwortung für sich und den Nächsten bewußt zu machen, zum Beispiel bei der Unfallbekämpfung. Der einzelne muß heraus aus dem Kollektiv. Wir können Gesetze und Verordnungen machen, wie wir wollen, und Schilder aufstellen – wir kommen nicht weiter, wenn der einzelne nicht Verantwortung übernimmt, für sich und für den Nächsten.

Herr Dr. Dollinger, wir haben den Eindruck, daß gerade Politiker Ihrer Partei die Kirchen ein bißchen im Stich lassen bei der immer wichtiger werdenden Frage, wie der Schutz, die Heiligung des Sonntags gerettet werden kann.

Ich bin für die absolute Sonntagsruhe im weitesten Sinne, weil ich der Meinung bin, daß wir alle Erholung und Besinnung brauchen, ganz abgesehen von unserem kirchlichen Anliegen. Wir halten in der Partei den Sonntag im wesentlichen von Veranstaltungen frei. Natürlich muß ich an Sonntagen häufig zu dörflichen Festveranstaltungen, die morgens meistens mit einem gemeinsamen Gottesdienst beginnen – schade ist nur, daß die Ökumene nicht klappt und die katholische Kirche sich weitgehend der gemeinsamen Gestaltung solcher Gottesdienste verweigert.

Ihr Koalitionspartner Bange mann ist für eine weitere Lockerung des Verbots der Sonntagsarbeit.

Diese Meinung teile ich nicht. Das dient nicht dem Menschen und nicht der Familie. Besonders unter dem familiären Gesichtspunkt ist Sonntagsarbeit, auch wo sie jetzt

schon unvermeidlich ist, zu bedauern.

Herr Bundesminister, haben Sie in Ihrer langjährigen politischen Tätigkeit eine Entscheidung gefällt, die Sie heute als Irrtum bereuen?

Einen Irrtum gestehe ich zu: daß ich zunächst glaubte, auf ein Bußgeld für Nichtanlegen der Sicherheitsgurte verzichten zu können. Dazu muß ich noch eines sagen: Ich finde nicht gut, wenn man sich immer so im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt. Eine ganz gefährliche Geschichte. Man kann noch so gewissenhaft prüfen und von der Richtigkeit seiner Entscheidung überzeugt sein – ob sie dann noch in fünf oder zehn Jahren besteht, das ist eine Frage, die ich mir oft stelle; weil so viele Entwicklungen im Gange sind, auch vom Ausland her, die wir gar nicht beeinflussen können. Nehmen Sie das Absinken

des Ölpreises – ich bedauere das sehr und fürchte, daß wir das eines Tages teuer bezahlen müssen. Das ist ein Beispiel für eine radikale Veränderung von Situationen, die uns zurückwerfen kann, hier in der Entwicklung alternativer Energiequellen.

Deshalb sollten wir als Politiker immer vorsichtig sein mit der Behauptung, das, was wir tun, sei das einzig Richtige, auch wenn es sich im Augenblick so darstellt. Ob es von Bestand ist, ist eine ganz andere Frage. Das macht die politische Arbeit manchmal so schwer. Dabei geht es ja nicht nur um die Verantwortung vor dem Wähler, den kann man beeinflussen. Aber wer seine Arbeit als Christ in der Verantwortung vor Gott sieht, für den ist das eine noch viel ernstere Sache. Da ist der Politiker, je weiter oben er Verantwortung trägt, oft sehr allein.

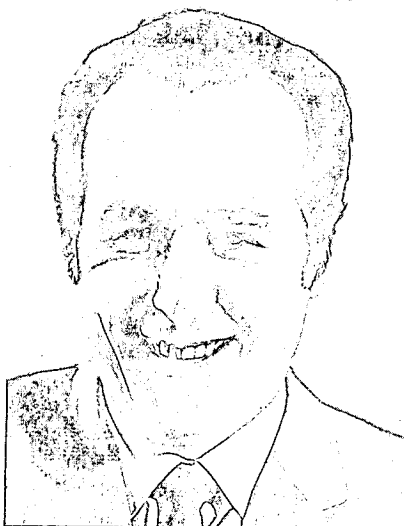
Kunst-Station im Frankfurter Hauptbahnhof eröffnet

Christusgesichter laden in diesen Wochen die Reisenden im Frankfurter Hauptbahnhof zum Verweilen und zur wiederholten Auseinandersetzung ein. Die Ausstellung „Gesichter Christus Gesichter“ des österreichischen Malers Arnulf Rainer ist der Auftakt für ein ehrgeiziges Programm der Deutschen Bundesbahn. Der Bahnhof als Ort der Begegnung soll künftig der Kunst Raum und Heimstatt bieten. Mit Rainers Christusübermalungen wurde der Anfang in Frankfurt gemacht.

Opfer von Gewaltverbrechen: Schuldlos im Abseits

Adolf Herkenrath

Das Problem ist bekannt, der Öffentlichkeit aber noch zu wenig bewußt. Trotz der Anstrengungen des Weißen Ringes, eines gemeinnützigen Vereins, der sich unter Leitung von Eduard Zimmermann seit Jahren um Opfer von Gewaltverbrechen bemüht, behandelt Justitia diese Opfer immer noch wie Stiefkinder. Jahrzehnte lang hat die Gesellschaft – Gesetzgeber wie Öffentlichkeit – die Nöte der Betroffenen nicht genügend zur Kenntnis genommen und ihre Rechte mißachtet. **Die Regierung Helmut Kohl hat jetzt den ersten Schritt zur Verbesserung der Situation getan.** Der Bundeskanzler forderte einen Bericht des Weißen Ringes zur Lage der Kriminalitätsoffer in der Bundesrepublik Deutschland an, dessen Stellungnahmen unter anderem als Grundlage eines Regierungsentwurfes für ein „Gesetz



Adolf Herkenrath, MdB

zur Verbesserung der Rechte der Verletzten im Strafverfahren“ dient. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

überprüft, ob der Entwurf ausreicht, um den Interessen der Opfer oft brutalster Verbrechen gerecht zu werden. Muß ein Staat, der sich zum Schutz des Nächsten verpflichtet hat, nicht dafür sorgen, daß manche Unebenheiten des Entwurfes noch verbessert werden? Vor allem ein Aspekt sollte dabei bedacht werden: Ist es wirklich notwendig, daß sich – wie der Entwurf es vorsieht – bei finanziellen Ansprüchen des Staates an den Täter erst der Staat schadlos hält und die Ansprüche der Opfer der Wiedergutmachung des Schadens zweitrangig sind?

Die Erfahrungen des Weißen Ringes haben auch gezeigt, daß die Opfer von Delikten nur mangelhaft über ihre Rechte informiert sind. Sollte daher nicht auch in den Entwurf ein Passus aufgenommen

werden, in dem die **Informationspflicht** festgeschrieben wird? Für die Beschuldigten existiert ein solches Recht. Wieso sollte es nicht auch für die Opfer von Verbrechen ein solches Recht geben? Kommt in einem solchen Mangel nicht wiederum die Zweitrangigkeit der Betroffenen zum Ausdruck, zumal die Bemühungen des Staates um seine Gefangenen in der Vergangen-

heit schon manchmal merkwürdige Züge annahmen?

Der Appell, **mehr Verständnis für die Opfer von Gewaltverbrechen zu zeigen**, richtet sich aber auch an die Medien. Ausführlich berichten sie über die Täter, über die Leiden so mancher Opfer verlieren sie meist kein Wort. Und wenn auf die Opfer eingegangen wird, zerren manche Medienvertreter Details

an die Öffentlichkeit, die dem Schutz der privaten Sphäre Hohn sprechen. Wäre hier nicht eine größere Reserve angebracht – zum Wohle der Opfer von Gewaltverbrechen?

Anmerkung: Adolf Herkenrath ist Hauptgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU und Mitglied des Deutschen Bundestages.

Fragen und Antworten nach Tschernobyl

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Nutzung der Kernkraft ist Durchgangsstation

Vor Mitgliedern des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) bezeichnete Helmut Kohl die Nutzung der Kernkraft als Durchgangsstation. Er betonte ferner, daß die Kernkraft zur Energiegewinnung bis zu dem Zeitpunkt gelte, an dem alternative Energiequellen in hinreichendem Umfang zur Verfügung stünden. Zugleich wandte sich der Bundeskanzler gegen die Absolutheit des Anspruches, wie sie in der Forderung nach einem sofortigen Ausstieg zum Ausdruck komme.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Entwicklung alternativer Energien

Sicherheit ist nach Auffassung des CDU-Politikers das oberste Gebot für die friedliche Nutzung der Atomenergie. Er hält jedoch einen Ausstieg aus einer der wesentlichen Energiequellen wie Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernkraft „ohne Gefährdung unserer Lebensweise, unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Volkswirtschaft“ für nicht möglich. Dennoch müssen alle Anstrengungen auf die Verringerung des Energiebedarfs und auf die Entwicklung alternativer Energie-

quellen konzentriert werden: „In gleichem Maße, wie wir die beiden großen Aufgaben – Verringerung des Energiebedarfs und Erschließung industriell nutzbarer alternativer Energiequellen – bewältigen, können wir auf die Kernspaltung als Energiequelle verzichten.“

Generalsekretär Emilio Castro: Warnung vor Resignation und Pessimismus

Vor Resignation und Pessimismus nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl hat der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Emilio Castro, gewarnt. Sobald die heutige Technologie einen gravierenden Rückschlag erleide, und dies gelte für den Unfall selbst wie für die Fähigkeit der Regierungen, die Folgen dieser Katastrophe in den Griff zu bekommen, breite sich Pessimismus angesichts der industriellen Zivilisation aus, sagte Castro vor den Teilnehmern der 33. Kaiserswerther Generalkonferenz in Düsseldorf. Er appellierte an „die dynamische Kraft der Hoffnung“. Letztlich läßt die Suche nach immer neuen Sensationen und ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis in Europa nur eine tiefe innere Unsicherheit erkennen. Mehr denn je müsse man hier auf die befreiende Botschaft des Evangeliums hören.

Parl. Staatssekretärin Irmgard Karwatzki: Konsequenzen

Der Atomreaktorunfall von Tschernobyl hat weltweit, ganz besonders aber bei uns, Bestürzung und tiefe Ängste ausgelöst. In der Bevölkerung ist ein hohes Maß an Sensibilisierung festzustellen.

Die Sensibilität ist größer, die Nachdenklichkeit tiefer und die Erklärungs- und Begründungszwänge sind stärker geworden.



Irmgard Karwatzki
Parlamentarischer Staatssekretärin beim
Bundesminister für Jugend, Familie,
Frauen und Gesundheit

Die Brücke zwischen Bürger, Politik und Wissenschaft hat Risse bekommen: Weil sich die Sorgen der Bürger auf ihre Gesundheit und die ihrer Kinder beziehen, muß auch die Gesundheitspolitik ihren Beitrag dazu leisten, die Fundamente dieser Brücke zu stärken.

Diese Situation zu bewältigen, ist für uns alle, national und weltweit, Bund und Länder, Politik und Wissenschaft eine Herausforderung. Sich ihr zu stellen, erfordert Gemeinsamkeit. Wir können dieser gemeinsamen Verantwortung allerdings nur gerecht werden, wenn wir aus dem Unglück lernen, aus den positiven und negativen Erfahrungen, wenn wir gemeinsam handeln. Tschernobyl ist kein Thema für politische Profilierung.

Die Bundesregierung ist ihrer Informationspflicht gegenüber Bürgern, Parlament und internationalen Organisationen umgehend und umfassend nachgekommen und wird dies auch weiterhin tun. Die Fragen, mit denen wir durch Tschernobyl konfrontiert worden sind, werden uns – wie mir auch die Berge von Briefen besorgter Bürgerinnen und Bürger fast 6 Wochen

danach zeigen – weiter beschäftigen. Gerade deshalb hat vor wenigen Tagen der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit das Falblatt „Nach Tschernobyl – Antworten auf 21 Fragen“ herausgegeben. In dieser Informationsschrift wird versucht, nach bestem Wissen und Gewissen Antworten auf die dringenden Fragen der Bürger zu geben. In ihr wird aber auch eingeräumt, daß wir heute noch nicht auf alle Fragen eine endgültige Antwort geben können.

Allerdings – und darauf soll und muß immer wieder hingewiesen werden: Auch die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen sieht keine Gefährdung der Menschen außerhalb der betroffenen Regionen in der Sowjetunion. Dies müssen wir auch den Bürgern klar machen.

Ich will lediglich auf die Konsequenzen hinweisen, die m. E. zu ziehen sind.

– Die unbedingte Wiederherstellung einheitlichen Handelns zwischen Bund und Ländern. Es darf keine den Bürgern irritierenden und verunsichernden unterschiedlichen

Empfehlungen bei gleichen Sachverhalten geben. Was in Bayern ungefährlich ist, kann in Hessen nicht gesundheitsgefährdend sein.

– Offene, klare und verständliche Informationen der Bevölkerung. Dem Bürger muß ohne Panikmache eine komplizierte Materie verständlich vermittelt werden; er hat ein Recht auf Antwort auf seine Fragen.

– Umfassende Auswertung aller Erfahrungen und Daten durch die Wissenschaft und Politik. Die Forschung muß der Politik die Antworten auf heute noch offene Fragen geben, damit unser Wissen so vollständig wie möglich wird.

– Engere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene in Fragen der Gesundheits- und Umweltpolitik. Gesundheitsgefährdungen machen nicht an Länder- oder Staatsgrenzen halt, Schlagbäume können sie nicht stoppen.

Hinweis der Redaktion: Die oben erwähnte Broschüre „Nach Tschernobyl – Antworten auf 21 Fragen“ kann beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Kennedy-Allee 105-107, 5300 Bonn angefordert werden.

Computerkurs im Urlaub

Der Verein zur Förderung der Pädagogik der Informationstechnologien (VFPI) veranstaltet im Sommer Computerferien für Kinder, Jugendliche, Familien und Gruppen; angesprochen sind dabei ausdrücklich Mädchen und Frauen. Die Ferienstandorte liegen in zwei landschaftlich und vom Freizeitangebot her sehr reizvollen Gegenden, in Amlshagen im Brettachtal und auf dem Obersalzberg im Berchtesgadener Land nahe des Königssees. Die Computerferien finden statt in Amlshagen in der Zeit von 6. bis 27. Juli und auf dem Obersalzberg vom 3. bis 31. August. Die Kurse dauern jeweils eine Woche von Sonntag bis Sonntag. Die Teilnehmer können auch mehrere Wochen aufeinanderfolgend buchen.

Die Computerferien werden im Rahmen eines Modellprojekts des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit veranstaltet. Der Preis für eine Woche bei sieben Übernachtungen mit Vollpension inklusive Kursgebühren und Teilnahme am attraktiven Freizeitprogramm innerhalb der Einrichtungen liegt bei nur 460,- DM pro Teilnehmer. Im Preis eingeschlossen sind damit Unterbringung, Vollverpflegung, Unterrichtsmaterialien und die entsprechende Freizeitbetreuung durch qualifizierte Pädagogen.

Nähere Informationen gibt es bei:
VFPI, Landesgeschäftsstelle, Thomas-Mann-Straße 21,
7120 Bietigheim-Bissingen, Telefon (07142) 41041

Unsere Autoren:

Albrecht Martin, MdL
Minister für Bundesangelegenheiten
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1-3
5300 Bonn 1

Dr. Helmut Kohl, MdB,
Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Sonntagsblatt
Redaktion
Birkerstraße 22
8000 München 22

Adolf Herkenrath, MdB
Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Georg-Berndt Oschatz, MdL
Kultusminister
Schiffgraben 12
3000 Hannover 1

Namen und Nachrichten

Altbundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens: Schutz der ungeborenen Kinder verpflichtendes Gebot

Auf der Frühjahrstagung der katholischen Männer in Essen erklärte der Altbundespräsident, daß die Väter der Verfassung der Bundesrepublik den Glauben an Gott als „unersetzliche Voraussetzung für die richtige Einschätzung des Menschen“ in der Präambel des Grundgesetzes verankert haben. Der Glaube gehöre deshalb zu den Grundbedingungen für den Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Für diese Gesellschaft sei der unbedingte Schutz der Würde des Menschen als Ebenbild Gottes verpflichtendes Gebot. Das gelte auch für den Schutz der ungeborenen Kinder. Es sei unverständlich, wenn die Gesellschaft schweigend über 200.000 Abtreibungen pro Jahr hinweggehe, gleichzeitig aber mit Unterschriftenaktionen das Fällen von Bäumen zu verhindern suche.

Bundesminister Dr. Jürgen Warnke: „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“

Nach den Worten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, kommt im Arbeitsauftrag der Entwicklungspolitischen Sondereinheit „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ (ES 31), die jetzt in eine neue Phase tritt, die Neuorientierung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung sichtbar zum Ausdruck. Die Sondereinheit wird Vorschläge dazu erarbeiten, wie die Förderungsinstrumente insbesondere der staatlichen Zusammenarbeit so verändert werden können, daß den Armen in der Dritten Welt wirkungsvoller als bisher dabei geholfen werden kann, sich aus eigener Kraft selbst zu helfen.

Militärdekan Dr. Armin Boyens: „Kirche im ökumenischen Horizont“

Das gerade zu Ende gegangene internationale Soldatentreffen in Musée du Désert/Südfrankreich vermittelt nach Ansicht von Dr. Armin Boyens über die „engen Grenzen der eigenen Kirche“ und des täglichen Dienstes hinaus „Kirche im ökumenischen Horizont“.

Rund 500 Soldaten aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, USA, Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland trafen sich in der Zeltstadt in den Cevennen nördlich von Nîmes.

Ein Besuch von Aigues Mortes mit dem „Tour de Constance“ erinnerte an die Geschichte des Protestantismus in Frankreich, an die düsteren Jahre der Hugenottenverfolgung.

Dr. Boyens: „Die Eindrücke dieser Glaubenskämpfe waren für die Soldaten ebenso ein Erlebnis wie die Gemeinschaft mit Kameraden anderer Nationen.“

Prof. Dr. Dorothee Sölle: „Es gibt keine Gewalt gegen Sachen“

„Gewalt ist nur das, was Menschen schädigt, es gibt keine Gewalt gegen Sachen“, behauptete die Theologin Dorothee Sölle auf dem 1. Deutschen Umwelttag in Würzburg. Wenn jemand gewaltfrei irgendwo sitze, werde dies erst mit Hilfe der Justiz in Gewalt umdefiniert. – Frau Sölle war vor Kurzem wegen ihrer Teilnahme an einer Sitzblockade vor dem Raketendepot in Mutlangen wegen Nötigung verurteilt worden.

Landesbischof D. Eduard Lohse neuer Vorsitzender des Ökumenischen Arbeitskreises

Der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse ist der neue evangelische Vorsitzende des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen. Wie die Pressestelle der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover mitteilte, wird Lohse damit Nachfolger von Bischof Hermann Kunst, der den Vorsitz 17 Jahre innehatte.

„Kirchenprogramm“ zur nächsten Bundesgartenschau vorgestellt

Mit einem ökumenischen Gottesdienst unter Leitung des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner, und des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, wird am 1. Mai des kommenden Jahres das Kirchenprogramm der nächstjährigen Bundesgartenschau in Düsseldorf eröffnet. Vom 2. Mai bis 11. Oktober wird es auf dem Gartenschau Gelände täglich Zehn-Minuten-Andachten geben.

ZDF-Intendant Dieter Stolte: „Kamera und Mikrophon nicht mit der Kanzel verwechseln“

Bei kirchlichen Fernsehspiel-Serien „kommt es nicht auf hohe Einschaltquoten an, sondern auf die Nachdenklichkeit, die sie hervorrufen“, sagte Dieter Stolte auf der 9. Internationalen Christlichen Fernsehwoche in Mainz. Er schilderte u. a. die Arbeit der ZDF-Redaktion „Kirche und Leben“, die jährlich 160 Beiträge in das Programm einzubringen habe. Der Intendant warnte vor dem „Mißverständnis, Kamera und Mikrophon mit der Kanzel zu verwechseln“ und bedankte sich bei den Kirchen für die „kritische und niemals feindselige publizistische Begleitung“ der Arbeit.

Für „Einsteiger“ und „Alte Hasen“

Politische Bildung in Schloß Eichholz

Es hat sich herumgesprochen: Die Fahrt nach Eichholz lohnt. Wie sonst hätte die Konrad-Adenauer-Stiftung im vergangenen Jahr dort über zehntausend Gäste haben können. In diesem Jahr werden es nicht weniger sein. Die bisherige Nachfrage nach Plätzen deutet darauf hin. Das soeben erschienene Programm für die zweite Jahreshälfte ebenfalls. Wer das dreißig Seiten umfassende Heft liest, dem wird deutlich, daß es sich bei den Angeboten um nichts Abgehobenes handelt. Es geht wieder um grundsätzliche und aktuelle politische Fragestellungen, um Informationen und Meinungs austausch über Themen, die uns alle angehen.

Wer politisch interessiert ist, der sollte sich das Programm besorgen. Es ist eine Fundgrube – mit genauen Angaben über

- Fachtagungen für die unterschiedlichsten Berufsgruppen
- Seminare
- Tagungen zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit
- Kommunale Pressearbeit und Rhetorik
- Bildungsangebote für junge Erwachsene (Aspekte der Deutschen Frage; Totalitäre Herrschaftssysteme; Bildungs-



Schloß Eichholz

- chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten)
- Tagungen für ältere Mitbürger
- Veranstaltungen für Studentinnen und Studenten

Inhaltlich ist das Gesamtangebot breit gefächert. Dies gilt auch für die Zielgruppen. Jeder kann sich angesprochen fühlen. Kaum vorstellbar, daß es z. B. einen Lehrer, einen Bundeswehrsoldaten oder einen Journalisten geben könnte, für den

das Programm nichts bietet. – Wer es genau wissen will, sollte die Probe machen. Das ist einfach: Eine Postkarte genügt bereits. Wer sich dafür interessiert, bekommt das Programm kostenfrei zugeschickt.

Anfragen nimmt entgegen:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 1331
5047 Wesseling

Religionsunterricht so nötig wie eh und je

Georg-Berndt Oschatz

In der Evangelischen Heimvolkshochschule Helmstedt hielt der niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz einen Grundsatzvortrag über den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an Schulen. Im folgenden veröffentlichen wir seine zentralen Thesen:

1. Der Religionsunterricht ist das einzige Unterrichtsfach, dessen Qualität als ordentliches Lehrfach das Grundgesetz für alle allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik Deutschland festlegt. Der Religionsunterricht hat damit einen festen Platz in der öffentlichen Schule

und im Staatskirchenrecht der Bundesrepublik.

2. Nach dem Willen des Verfassers haben alle Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik sich mit dem zu beschäftigen, „was uns unbedingt angeht“ (Tillich), mit der Möglichkeit von

Religion. Religionsunterricht ist religiöse Unterweisung, die im Auftrag der Kirchen erfolgt. Er ist zugleich ein Beitrag zur Allgemeinbildung, wie ihn auch die anderen Fächer der Schule leisten.

3. Was Inhalt des Religionsunterrichts ist, kann nur in Übereinstimmung mit den Religionsgemeinschaften festgelegt werden. Der moderne demokratische Staat muß letztlich auf die Zuständigkeit für diese Inhalte verzichten. Inhalt des Religionsunterrichts ist der christliche Glaube, ausgeprägt in verschiedenen Konfessionen.

4. Die Bindung an die Religionsgemeinschaften gibt dem Religionsunterricht grundsätzlich eine konfessionelle Ausrichtung. Dies schließt Ökumene als Gegenstand des Unterrichts nicht aus, sondern ein.

5. Noch weniger als andere Fächer kann sich der Religionsunterricht allein mit theoretischen Inhalten und kognitiven Lernzielen zufriedengeben. Er hat noch mehr als andere Fächer Hilfen auch zur praktischen Lebensgestaltung junger Menschen anzubieten. Dies schließt nicht

aus, sondern ein, daß er alle – auch formale – Qualitäten eines ordentlichen Lehrfachs besitzt.

6. Religionsunterricht für christliche Schüler, gebunden an die Bekenntnisse der christlichen Konfession, muß von diesen her auch das Unverfügbare des menschlichen Lebens als Christ, die Vorläufigkeit menschlichen Planens und Handelns sowie den Vorbehalt gegen den Anspruch totaler Machbarkeit durch Menschen zum Ausdruck bringen. Er kann diese grundsätzliche Ausrichtung seiner Inhalte nicht vor einer säkularisierten Zeit verschwinden lassen wollen und in falscher Anpassung an sogenannte Modernität das Christentum auf bloße Mittelmenschlichkeit reduzieren.

7. Religionsunterricht, der den christlichen Glauben vermittelt, kann sich nicht mit rein innerweltlichen Themen, z. B. der Politik, der Ethik und Anthropologie begnügen. Diese Themen können nur Aufhänger und Einstieg in den Unterricht sein. Sie sind stets durchsichtig zu machen auf ihre Bedeutung hin für den christlichen Glauben an Gott. Die Verant-

wortung christlichen Handelns in dieser Welt ist aus diesem Glauben heraus zu zeigen.

8. Der Religionslehrer, der sachlich und methodisch richtig Religionsunterricht erteilen will, muß sich dabei grundsätzlich auch so in den Unterricht einbringen, daß seine eigene Position, sein eigener Glaube als Bekenntnis im Unterricht deutlich werden.

9. Dabei darf der Inhalt des Religionsunterrichts dem Schüler nur als glaubhafter Glaube und lebbares Leben angeboten werden. Seine Freiheit zur Entscheidung für oder gegen die Inhalte des Religionsunterrichts muß altersgemäß sorgfältig beachtet werden.

10. Religionsunterricht, so verstanden, ist nach meiner Überzeugung heute so nötig wie eh und je. Er ist für die öffentliche Schule wie für die Schüler eine wichtige Ergänzung oder gar Korrektiv. Er kann für die Gesellschaft, die diese Schüler einmal bilden werden, eine Hoffnung sein. Er ist auch für die Lehrer, die ihn erteilen, wie ich hoffe, eine Bereicherung.

Leserbrief

Zu dem Beitrag „Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus“ von Dr. Menno Aden in der Evangelischen Verantwortung 4/86 erreichte die Red. der nachfolgende Leserbrief. Thomas Berke ist nicht nur aufmerksamer Leser der „EV“ sondern verantwortlich für den „Arbeitskreis Theologiestudenten“ des EAK.

Lieber Herr Dr. Aden,

mit großem Interesse habe ich Ihre Ausführungen zum Thema „Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus“ in der EV 4/86 gelesen. Es ist Ihnen recht gut gelungen, die ursprüngliche Nähe von protestantischen Wertvorstellungen zu den Tugenden eines kapitalistischen Wirtschaftssystems darzustellen. Trotzdem möchte ich mir einige kritische Anmerkungen erlauben.

1. Sie stellen im ersten Teil Ihres Beitrages eine Verbindung zwischen einer persönlichen Gottesbeziehung und Tugenden wie Fleiß, Verzicht, Sparsamkeit her. In der soziologischen Analyse möchte ich Ihnen hierbei vollkommen recht geben; als Theologe möchte ich Sie jedoch vor der Versuchung warnen, einen „persönlichen Gott“ als notwendige Vorausset-

zung für ein bestimmtes ethisches Verhalten zu fordern. Diese Tendenz schimmert im ersten Teil Ihres Artikels leider immer wieder durch. Mit einem solchen Ansatz Ihrer Argumentation laufen Sie in das offene Messer der Religionskritik. Denn der von Ihnen geforderte Gottesbegriff richtet sich im Grunde nach individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Eine persönliche Gottesbeziehung kann hingegen nur biblisch sinnvoll begründet werden.

2. Sie beklagen zu Recht, daß in unserer säkularisierten Gesellschaft und damit auch in der CDU die ethische Bindung der Politik an eine höhere Instanz als dem Wahlvolk verlorengegangen sei. Ich möchte Ihnen jedoch widersprechen, wenn Sie dies im zweiten Schritt mit dem verlorengegangenen Geist des Kapitalismus verbinden. Der Geist des Kapitalismus, soweit er sich durch die Tugenden Fleiß, Verzicht und Sparsamkeit umschreiben läßt, ist nicht verlorengegangen, sondern er hat sich lediglich als unzureichend erwiesen, die Probleme einer modernen Industriegesellschaft zu lösen. In dieser Situation hat die CDU keineswegs schamhaft das Wort Kapitalismus durch „Soziale Marktwirtschaft“ um-

schrieben, sondern sie hat die Lehren aus den großen wirtschaftlichen und sozialen Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts gezogen und die von Ihnen beschriebenen kapitalistischen Tugenden durch die Werte der christlichen Nächstenliebe zu einer neuen Einheit erweitert. Sie hat erkannt, daß Verzicht, Fleiß, Sparsamkeit als Triebfedern für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig sind, aber erst dann sinnvoll sein können, wenn sie in die Grundwerte Gerechtigkeit und Solidarität fest eingebunden sind. Dies können Sie jederzeit im Grundsatzprogramm der CDU nachlesen. Die Soziale Marktwirtschaft ist vor diesem Hintergrund durchaus als Alternative zum reinen kapitalistischen Geist anzusehen. Die letzte Bundestagung des EAK in Hannover hat ja gerade versucht, dies wieder programmatisch deutlich zu machen. Ich glaube nicht, daß es der CDU an kapitalistischen Geist fehlt, sondern bin im Gegenteil überzeugt, daß nur das klare Bekenntnis der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft in Programmatik wie in der Gestaltung der Regierungspolitik die Protestanten für die CDU gewinnen kann.

Thomas Berke, cand. theol.
Essen

Aus unserer Arbeit

„Offenes Forum“ diskutierte Ausbildung und Familie

Osnabrück. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, **Dr. Johann-Tönjes Cassens**, und weitere Vertreter von Verbänden und Partei erläuterten bei der vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU (EAK) und der Jungen Union (JU) veranstalteten Gesprächsrunde bildungspolitische Vorstellungen zum Thema „Schule, Hochschule – Ausbildung und Berufschance oder Arbeitslosigkeit?“.

Nach Auffassung von Cassens ist es die richtige Perspektive, wenn die Osnabrücker Universität 75 Prozent ihrer Ressourcen für das Ingenieurwesen einsetzt, da von der Akademikerarbeitslosigkeit weniger Naturwissenschaftler, sondern vor allem Lehramtsstudenten betroffen seien. Der niedersächsische Minister forderte zudem eine Verkürzung der Studiendauer auf acht Semester bei verbesserten Rahmenbedingungen und Weiterbildung auch für Studenten.

Auf die psychische Belastung von Studenten mit mangelnden Berufsaussichten in überfüllten Universitäten verwies **Christian Wulff**. Zum Abbau der Akademikerarbeitslosigkeit forderte das Vorstandsmitglied der CDU Niedersachsen einen solidarischen Beitrag der Gesellschaft.

In der zweiten Diskussionsrunde um „Frau und Familie in unserer Gesellschaft“, durch die wiederum der Bundesgeschäftsführer des EAK, **Erhard Hackler**, als Moderator führte, unterstrichen die Teilnehmer die Notwendigkeit des Erhalts der Familie, auch mit mehreren Kindern.

Um ein Abdrängen der Frau in die Familie zu verhindern und ihr in der Ehe die Gleichberechtigung zu sichern, forderten **Christina Ballhausen** (JU) und die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, **Irene Thiel**, Fortbildungsprojekte, um der Frau den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen, und verstärkte Teilzeitarbeit, damit sich Mann und Frau gemeinsam um die Familie kümmern können.

„Wir können keinen Rückschritt machen zur Familie, wie man sie vor hundert Jahren definiert hat“, betonte Christina Ballhausen. Die Frau lasse sich nicht mehr zurückdrängen, sie wolle die Zukunft aktiv gestalten.

Ziel der Veranstaltung sei es gewesen, Grundwerte zu erarbeiten, um den Menschen konkrete Hilfen zu geben, erläuterte der Vorsitzende des EAK Osnabrück-Stadt, **Siegfried Wuppermann**, der zusammen mit dem Vorsitzenden des EAK-Landeskreises, **Eberhard Suß**, und **Uwe Möller** von der JU die Organisation dieser Gesprächsrunde übernommen hatte.

Zum Verhältnis Kirche – Staat

Göppingen. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU erörterte mit Mitgliedern des Kirchengemeinderates der evangelischen Kirche Donzdorf unter dem Leitwort „Die Liebe Gottes“ das Verhältnis von Kirche und Staat in unserer Gesellschaft. Einleitend gab Pfarrer **Joachim Stier** (Donzdorf) einen Überblick über das Zusammen- und Gegeneinanderwirken beider Kräfte. Luthers Lehre von den zwei Reichen gebe zwar deutliche Hinweise, hebe aber die Schwierigkeiten in der Praxis des politischen Wirkens nicht auf. Die von Politikern erhobene Forderung, die Kirche solle sich auf die jenseitigen Fragen konzentrieren und das Diesseits der staatlichen Regelung überlassen, lehnte der Sprecher ab. In der von **Hannelore Dannemann**, Göppingen, geleiteten Diskussion wurde u. a. nach dem Auftrag der Kirche gefragt und danach auf welche Weise der einzelne Christ in der säkularisierten Gesellschaft dem Mitbürger wegweisend helfen könne.

Evangelischer Arbeitskreis zu neuem Leben erweckt

Siegerland. Im Zeichen der Neubelebung stand die Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) im CDU-Kreisverband Siegen-Wittgenstein. **Hans Hoof** (MdL), Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Siegen-Wittgenstein, begrüßte dazu den Vorsitzenden des Landesverbandes des EAK, Oberkirchenrat **Dr. Gerhard Rödning** (MdL) und den heimischen Bundestagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden der CDU, **Paul Breuer**.

In seinem Grußwort hob Paul Breuer die Gründung der CDU „als einen historischen Meilenstein auf dem Weg der Zusammenarbeit aller evangelischen und katholischen Christen in einer großen christlichen Partei“ hervor. Seither habe sich das Miteinander der Christen in

Politik und Gesellschaft bewährt und wesentlich zur politischen Stabilität der Nachkriegszeit beigetragen. Die politischen Parteien allein seien aber nicht immer das beste Instrument für die Verbreitung einiger Ideen, dafür seien Vereinigungen und Arbeitskreise oft das geeignetere Sprachrohr.

Hans Hoof (MdL) verwies in seinem Bericht auf die Erfolge des Evangelischen Volksdienstes im Kreisgebiet in der Zeit der Weimarer Republik. Darauf aufbauend habe die erste Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im März 1952 in Siegen stattgefunden. In den Folgejahren habe der EAK Siegen-Wittgenstein eine erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt.

Schwerpunkte des Kurzreferates von Oberkirchenrat Dr. Gerhard Rödning waren die Ziele und Aufgaben des EAK im

Auf der ersten Tagung des neugegründeten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen sagte der damalige Bundeskanzler **Dr. Konrad Adenauer** in seiner Ansprache über das Miteinander der Christen in der Union:

„Die Evangelischen und Katholiken in der Union sind im Ziele ihrer politischen Arbeit völlig eins. Aber die Evangelischen brauchen für manche Lösungen andere Begründungen als die Katholiken. Dazu ist eine solche Arbeit und dazu sind solche Tagungen notwendig. Sie bringen keine Separation, sondern sie sind eine fruchtbare Aktion im Rahmen der Gesamt-CDU.“

neuen Landesverband Nordrhein-Westfalen. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf einige aktuelle politische Probleme wie Soziale Marktwirtschaft, Umweltschutz, § 218 und Kernenergie, die in der evangelischen Kirche höchst umstritten seien. Diese Unstimmigkeiten liegen teilweise

an der komplizierten evangelischen Struktur in der Bundesrepublik. Deshalb müßten die politischen Zielsetzungen der Union in evangelischen Kreisen mit viel Fingerspitzengefühl dargelegt werden, aber auch in der Partei die eigenen auf dem christlichen Glauben beruhenden Positionen vertreten werden. Man könne und wolle niemanden daran hindern, seine eigene politische Meinung zu haben, müsse sich aber gegen Personen wehren, die ihre Amtsautorität zur politischen Argumentation mißbrauchen. Dies gelte insbesondere auch für Pfarrer.

Auch das in der Verfassung verankerte Erziehungsziel der „Ehrfurcht vor Gott“ als Grundstein unserer moralischen Wertordnung müsse wieder deutlicher bewußt gemacht werden.

„Die Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsform, in der die größte soziale Gerechtigkeit mit den größten wirtschaftlichen Freiheiten verbunden ist, war eine der wichtigsten Erkenntnisse auf der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Hannover“ – so Dr. Rödding.

Abschließend forderte der neue Vorsitzende, **Hans Müller**, zu einer gemeinsamen ehrlichen und bescheidenen Arbeit auf, die allein glaubwürdig und vertrauensbildend sei.

Landwirte sind keine Kostgänger des Staates

Pinneberg. „Wir sollten aufhören“, mahnte **Wolfgang Deventer**, „unsere Landwirte als Kostgänger des Staates zu sehen“. Der Diplom-Landwirt aus dem niedersächsischen Salzhausen wußte vor den Teilnehmern der Pinneberger Gesprächsrunde „Ist die Landwirtschaft noch zu retten?“ eine Vielzahl von Argumenten gegen das gängige Klischee der „Landwirte als Nutznießer des Staates“ anzuführen.

Deventer war auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU nach Pinneberg gekommen, um mit Kreis-Bürgern zu diskutieren. Der Abend im Hotel Cap Polonio setzte die Reihe der Diskussionsabende fort, die der Kreisvorsitzende **Hans Bleckmann** aus Pinneberg, ins Leben gerufen hatte, um nach eigenem Bekunden von Wahlkampfangementationen und wahltaktischer Schaum-schlägerei wegzukommen. „Themen vertiefen und Argumente austauschen ohne über Parteigrenzen zu stolpern“, war von vornherein sein Leitmotiv.

Die Bauern haben zeitlebens mit staatlichen und politischen Eingriffen leben müssen, so die Feststellung von Deventer: „Strukturveränderungsmaßnahmen,

Siedlungswesen, Betriebsgrößenzusammensetzungen, Bodenreform und Flurbereinigungsmaßnahmen waren politische Eingriffe, deren Auswirkungen die Landwirtschaft noch heute belasten“, zählte er auf.

Hinzu komme die Veränderung der Verzehrgewohnheiten, die den Bauern in der Produktion das Leben nicht erleichtern.

Zur Verminderung der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten habe außerdem die Bevölkerungsentwicklung geführt. Deventer präziserte: „Unser Staat verlor in den vergangenen fünf Jahren 1 Prozent der Bevölkerungsanzahl, das sind 600 000 Menschen. Dieser Verlust machte den Ertrag von rund 2,16 Millionen Tonnen Getreide überflüssig.“

Die kontinuierliche Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten erfordert nach Einschätzung des Referenten eine Vorplanzeit von bis zu drei Jahren. Das setze Investitionen voraus, die unter kaufmännischen Gesichtspunkten nicht rentabel seien.

Erschwerend komme hinzu, daß der Landwirt, der beispielsweise Getreide anbaut, erst nach der Aussaat die Preise erfährt, die er dafür erzielen kann. Das mache vernünftige Planung schwerer, schlußfolgerte der Redner aus Niedersachsen.

Buchbesprechungen

R.v.Decker's
rechts- und sozialwissenschaftliche
Abhandlungen 29

Liberalismus und Minimalismus

Kritische Anmerkungen zur
philosophischen und politischen Entfaltung
einer zeitgenössischen
Minimalstaatskonzeption

von
Christoph Böhr

1985. IX, 173 Seiten. Gebunden. DM 74,-.
ISBN 3-7685-3984-9

R.v.Decker's Verlag
G. Schenck

Schon die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben davor gewarnt, die Unterscheidung zwischen „Sozialstaat“ und „Wohlfahrtsstaat“ zu verwischen; während der Sozialstaat immer Hilfe zur Selbsthilfe geben will, übernimmt der Wohlfahrtsstaat seinem eigenen Anspruch nach die Garantie menschlichen Glücks. Besonders scharfe Kritik erfährt der Wohlfahrtsstaat heute von Vertretern eines radikalen Liberalismus'. Ihr prominentester Theoretiker ist Robert Nozick, ein junger Harvard-Professor, dessen Buch „Anarchie, Staat, Utopia“ 1974 erschienen ist. Die vorliegende Arbeit versucht, die Grundlagen der Minimalstaats-theorie Nozicks einer kritischen Überprüfung zu unterziehen; neben dieser Untersuchung der Begründungsstruktur und der Argumentationsweise versucht sie eine Einordnung der Theorie in den Kontext der zeitgenössischen Diskussion über die Begrenzung staatlicher Gewalt. Nozicks Buch hat seit seinem Erscheinen im angloamerikanischen Bereich eine breite Aufnahme gefunden. Es hat zum

Erstarken der libertären Strömungen in den Vereinigten Staaten beigetragen. Eine bemerkenswerte Resonanz in Westeuropa ist vor allem festzustellen, seitdem die Diskussion über „weniger Staat“ in vollem Umfang eingesetzt hat. Die vorliegende Untersuchung folgt im Ergebnis nicht Nozicks Vorschlägen für eine minimalistische Staatstätigkeit, sondern sieht die Lösung aktueller Probleme demokratisch verfaßter Industriegesellschaften vielmehr in einer Modifizierung staatlicher Aktivitäten. Der Autor beschränkt sich deshalb bewußt nicht auf eine Erörterung der Staatstheorie Nozicks, sondern greift darüber hinaus auf die politikwissenschaftliche Diskussion über mögliche und notwendige Grenzen staatlicher Tätigkeit zurück, um auf diese Weise auch praktische Vorschläge miteinbeziehen zu können. Vor allem die inhaltliche Nähe unterschiedlicher zeitgenössischer Protestströmungen zu libertären Vorstellungen lassen eine Neubestimmung auf die Grenzen des Staates dringend geboten erscheinen.

Otto Schnübbe, Paul Tillich und seine Bedeutung für den Protestantismus heute – Das Prinzip der Rechtfertigung im theologischen, philosophischen und politischen Denken Paul Tillichs, Lutherhaus Verlag Hannover 1985, 288 Seiten, DM 28,80.

Die Forderung nach einem gläubigen Realismus anstelle eines weltanschaulichen Utopismus bei dem Theologen Paul Tillich (1886–1965) betont ein Buch, das jetzt im Lutherhaus Verlag in Hannover erschienen ist. Otto Schnübbe, früherer Landessuperintendent des evangelisch-lutherischen Sprengels Hannover, untersucht darin „Paul Tillich und seine Bedeutung für den Protestantismus heute“.

Aufgrund der christlichen Rechtfertigungsbotschaft, die auch Tillich zum ge-

staltenden Prinzip eines Denkens gemacht habe, gehe es um den Mut, die Realitäten dieser Welt nicht schwärmerisch zu überspielen und doch auf die Gestaltung von Neuem aus zu sein, beschreibt Schnübbe Tillichs Botschaft für die Gegenwart. Von Bedeutung sei auch im Zusammenhang mit der Sakramentslehre eine neue realistische Naturauffassung als „einzige Möglichkeit, die heutige Sicht der Natur als verfügbares Material zu überwinden und damit die aus dieser Sicht der Natur erwachsende „Umweltkrise“, schreibt Schnübbe. Pazifismus sei Utopismus, heißt es weiter; nicht die Macht als solche sei für Tillich böse, sondern ihr Mißbrauch.

In einem Exkurs warnt Schnübbe davor, bestimmte politische Auffassungen,

etwa zur atomaren Nachrüstung, zu Bekenntnisfragen „hochzustilisieren“. Damit werde aus der „Offenbarungsgemeinschaft“ der Kirche eine „politische Wagnisgemeinschaft“, was er mit Tillich ablehnt. Wörtlich meint Schnübbe: „Wenn der deutsche Protestantismus es nicht endlich lernt, die beiden Ebenen, Erfassen der Offenbarung und Erfassen des politischen Augenblicks, zu unterscheiden, wird jede politische Entscheidung von Belang zu einem Religionskrieg... Konsequenz ist die Zerstörung der Kirche und – des demokratischen Zusammenlebens in einem Staat.“ Doch müsse die Kirche ständig überlegen, was sie gemeinsam an alle, auch an die „politischen Wagnisgemeinschaften“, sagen könne und müsse.

Einladung zur

Landestagung des EAK-Hessen

Informationsgesellschaft – Wohltat oder Last

u. a. mit:

Dr. Helmut Hild, Kirchenpräsident a. D.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister

Prof. Dr. Hartwig Kelm, Intendant des Hess. Rundfunks

Klaus Bielitz, Vizepräsident des Landeskirchenamtes
der Evang. Kirche von Kurhessen-Waldeck

Karin Schmidt, MdL

**30. August 1986, 10.00 Uhr, Frankfurt a. M.
Dominikaner-Kloster, Kurt-Schumacher-Straße**

Arnulf Borsche, Stellv. EAK-Bundesvorsitzender,
Landesvorsitzender des EAK-Hessen